

14.01.2020

## Antrag

der Fraktion der SPD

**Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!**

### I. Ausgangslage

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“  
Molière

Die Landesregierung von Armin Laschet ist mit vollmundigen Versprechen ins Amt getreten. Versprechen einer Unterrichtsgarantie, einer 105-prozentigen Lehrerversorgung – insbesondere an Grundschulen –, einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern, der Einführung des Sozialindex, der Verbesserung der beruflichen Bildung und des Ausbaus der offenen Ganztagschule, inklusive der Festsetzung von Qualitätsstandards. Diese Beispiele stehen für eine Vielzahl an Versprechen, die sich die heutigen Koalitionspartner noch im Wahlkampf auf die bildungspolitischen Fahnen geschrieben haben. Bilanziert man die Bildungspolitik nach zweieinhalb Jahren Regierungszeit, so ist festzustellen, dass diese Landesregierung primär auf der Ebene der Ankündigungen geblieben ist. Die Landesregierung hat ihre Regierungszeit bisher vornehmlich für das Betrachten, Analysieren und Auswerten von Zahlen genutzt. Die erlangten Erkenntnisse muss die Landesregierung endlich umsetzen, um den Anforderungen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Eltern gerecht zu werden.

Das Versprechen der Unterrichtsgarantie bleibt die Landesregierung weiterhin allen Betroffenen im Schulsystem schuldig. Gleiches gilt auch für die 105-prozentige Lehrerversorgung. Es fehlen sogar mehr Lehrkräfte als die Bedarfsprognose des Ministeriums vorhersagt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Lehrer/Lehrkraft-werden/Einstiegschancen/Prognosen.pdf>, Stand: April 2018

Datum des Originals: 14.01.2020/Ausgegeben: 14.01.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Waren im Jahr 2018 laut Auskunft der Landesregierung mehr als 5.800 Lehrerstellen nicht besetzt, so ist die Zahl der unbesetzten Stellen an den Schulen in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 auf 7.400 angestiegen.<sup>2</sup>

Erklärungsversuche der Landesregierung lauten immer gleich: „Die Vorgängerregierung ist verantwortlich!“

Gleichzeitig versäumt es die Landesregierung zusätzliche Anreize für das Grundschullehramt zu setzen. Eine – wie im Rahmen von Wahlveranstaltungen angekündigte – gerechte A13-Besoldung für Lehrkräfte aller Schulformen würde zu einer breiteren Streuung der Lehrkräfte über alle Schulformen hinweg führen. Auch hier wird wieder nur gezauert anstatt gehandelt. Durch die unbesetzten Lehrerstellen wurden ca. 226,6 Millionen Euro zurück in den Finanzhaushalt gespült. Gut für das Finanzministerium, schlecht für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer, denn die Millionenbeträge sind nicht in die Bildungslandschaft geflossen, sondern wurden als Minderausgaben im allgemeinen Haushalt verbucht.

Diese Beträge hätten beispielsweise zur Verbesserung des Ganztags genutzt werden können. Die Ganztagschulen stehen vor großen Herausforderungen, wie auch die Expertenanhörung im April 2019 bestätigt hat. 15 Jahre nach seiner Einführung muss der Offene Ganztag endlich grundständig reformiert werden: Die Finanzierung muss endlich auf eine solide Basis gestellt werden. Qualitätsstandards müssen – wie von der Landesregierung versprochen – formuliert und umgesetzt werden. Das Angebot der Ganztagschulen muss landesweit qualitativ gleich gut sein. Es darf nicht vom Wohnort und von der einzelnen Schule eines Kindes abhängen. Laut Dr. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, profitieren gerade sozial benachteiligte Kinder von guten Ganztagschulen, in denen Lehrkräfte auch außerhalb des Pflichtunterrichts zum Einsatz kommen.<sup>3</sup>

Ein weiteres Versprechen im Koalitionsvertrag ist die Einführung eines Sozialindex, anhand dessen Schulen in herausfordernden Lagen eine höhere personelle Ausstattung zugestanden werden soll.

Statt einen flächendeckenden Sozialindex einzuführen, wurden die Talentschulen ins Leben gerufen, die Effekte beweisen sollen, die bereits bewiesen sind. Der Zusammenhang zwischen höherer personeller Ausstattung und einer Verbesserung der Unterrichtsqualität ist sicherlich keine neue Erkenntnis und bedarf keiner weiteren Verifizierung durch sogenannte Talentschulen.

Die Talentschulen sind ein Symbol für das Handeln der Landesregierung. Es wird Politik für die Wenigen und nicht für die Vielen gemacht. Verlierer sind auch bei dieser verfehlten Politik die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Eltern an Schulen mit besonderen Herausforderungen, die nicht zur Talentschule erklärt wurden. Jede Schule in herausfordernden Lagen hat ein Recht auf eine höhere Zuweisung von personellen und finanziellen Mitteln.

In die Liste der Versprechen reihen sich noch weitere Themen, wie die Neuausrichtung der Inklusion und die Ankündigung des Masterplans Grundschule ein.

Das Papier „Eckpunkten zur Neuausrichtung der Inklusion in der Schule“ hat mit seinem Verteilungsschlüssel 25-3-1,5, sprich durchschnittlich 25 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, davon durchschnittlich drei mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung und für jede dieser Klassen erhält die Schule eine halbe zusätzliche Stelle, viele Erwartungen geweckt. Die Realität zeigt jedoch, dass dieses Versprechen nicht eingelöst wurde. Vielmehr haben sich

---

<sup>2</sup> Vgl. Vorlage an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrheinwestfalen. „Stellenbesetzung und befristete Beschäftigung in der Landesverwaltung“ – Beantragung der Fraktion der SPD (Vorlage 17/2127).

<sup>3</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/september/lehrermangel-in-grundschulen-bis-2030-groesser-als-bislang-erwartet/>

aufgrund der Neuausrichtung der Inklusion mehr Schulen aus dem Prozess des gemeinsamen Lernens zurückgezogen. Vornehmlich waren dies Gymnasien.

Die Herausnahme vieler Gymnasien aus der Verantwortung für gemeinsames Lernen im Regelsystem führt dazu, dass die nach dem Eckpunkte-Papier zur Verfügung stehenden Ressourcen noch weniger in die Schulen des gemeinsamen Lernens fließen als vorher.

Gymnasien, die keinen inklusiven Unterricht anbieten, schränken das Recht der Eltern auf die freie Schulwahl extrem ein. Das ist keine gelungene Inklusion.

Die aktuelle Landesregierung hat das Versprechen gegeben, die Inklusion neu auszurichten. Es wurden Qualitätsstandards formuliert, die nicht eingehalten werden können.

Papier ist geduldig. Hierauf Inklusion zu betreiben, ist einfach, aber in der Realität werden Schülerinnen und Schüler exkludiert, die einen realen Förderbedarf haben, weil sich viele Gymnasien aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der inklusiven Beschulung herausnehmen.

Das Vorlegen des Masterplans Grundschule wurde auf der Feier anlässlich der 100. Jahrfeier der Schulform Grundschule von der Ministerin wiederholt angekündigt. Aber auch Ende 2019 lag der Masterplan Grundschule wieder nicht vor. Die Hälfte der Regierungszeit ist verstrichen und verantwortungsvolles Regierungshandeln lässt sich bezüglich der Schulform Grundschule nicht erkennen. Dabei betont Frau Petra Vogt von der CDU, dass ihre CDU-Fraktion bereits 2016 einen Antrag mit dem Titel „Landesregierung muss einen „Masterplan Grundschule“ vorlegen“ (16/12347) eingebracht hatte, in dem die damalige rot-grüne Regierung aufgefordert wurde einen Masterplan Grundschule vorzulegen, weil die CDU die Probleme deutlich gesehen habe und gegensteuern wolle.<sup>4</sup> Im Jahre 2020 ist nichts von diesem aus 2016 eingebrachten Antrag zu sehen.

Die bisher nicht eingelösten Versprechen demonstrieren, dass die Schulpolitik der Landesregierung nur „Reförmchen“ statt Reformen realisiert und lieber Prognosen erstellt, anstatt Geld in die Hand zu nehmen und verantwortungsvoll zum Wohle der Vielen zu handeln.

Die Landesregierung übt sich lieber im Kritisieren der Vorgängerregierung, anstatt selbst verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu regieren.

Diese Schlaglichter auf die Schulpolitik der Landesregierung lassen sich anhand vieler weiterer Themenfelder fortführen. Als Oppositionspartei hat die SPD-Landtagsfraktion durchgängig und konsequent zentrale Themenfelder in den Blick genommen, um für eine Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler sowie das pädagogische und nicht pädagogische Personal zu kämpfen. Die Antwort auf das Regierungshandeln der SPD spiegelt sich in folgenden parlamentarischen Initiativen wider – die allesamt durch CDU und FDP abgelehnt wurden und werden:

- Entschließungsantrag 17/137 zum Antrag „Förderschulen vor der Schließung retten – Wahlmöglichkeiten für Familien sichern (17/76)“ – Inklusion ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht – kein blinder Aktionismus auf dem Rücken der Schwächsten, eine Wiederholung des schwarz-gelben Schulchaos verhindern! vom 11.07.2017.
- Antrag 17/1667 „Digitale Bildung als Chance für Teilhabe begreifen! Wann beginnt die Landesregierung mit der Förderung der technischen Infrastruktur an unseren Schulen?“ vom 09.01.2018.
- Änderungsantrag 17/1752 der Fraktionen SPD und Grüne zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Regelung der Zuweisung des Landes NRW an die Gemeinde und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes (Thema: Integrationspauschale) vom 16.01.2018.

<sup>4</sup> <https://www.cdu-nrw-fraktion.de/artikel/kirstin-korte-und-petra-vogt-zur-aktuellen-stunde>

- Antrag 17/2164: „Ganztag für die Zukunft fit machen – OGS-Gipfel einberufen“ vom 13.03.2018.
- Antrag 17/2560 „Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen“ vom 08.05.2018.
- Antrag 17/3013 „Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW“ vom 03.07.2018.
- Entschließungsantrag 17/3692 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ zum Antrag der Grünen Grundschulpakt für Nordrhein-Westfalen (Drs: 17/3525) vom 19.09.2018.
- Antrag 17/4456 „Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen“ vom 04.12.2018.
- Antrag 17/4441 der Fraktionen SPD und Grüne „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“ vom 04.12.2018.
- Antrag 17/5063 „Schulen mit Lehrermangel nicht im Stich lassen – nicht verausgabte Mittel müssen Schülerinnen und Schülern zugutekommen!“ vom 12.02.2019.
- Antrag 17/5628 „Auf Schatzsuche in NRW: Unsere Schulen zu Schatzsucher-Schulen ausstatten“ vom 02.04.2019.
- Antrag 17/6138 der Fraktionen SPD und Grüne „Gemeinsam für die Berufskollegs in NRW“ vom 09.05.2019.
- Antrag 17/6255 „New Deal – Zuständigkeiten und Finanzierung klar regeln und das Wirrwarr im Bildungsbereich beenden!“ vom 14.05.2019.
- Antrag 17/6591 „Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden: Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-Westfalen!“ vom 18.06.2019.
- Antrag 17/7364 „Gesundes Essen ist Kinderrecht: Gesunde und nachhaltige Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Kita und Schulen sicherstellen – einheitliche Qualitätsstandards festschreiben!“ vom 10.09.2019.
- Antrag 17/7857 zur Aktuellen Stunde „Keine Geschenke der Schulministerin zum 100. Geburtstag der Grundschule – stattdessen unbesetzte Stellen, unfaire Besoldung und überlastete Lehrkräfte!“ vom 11.11.2019.
- Antrag 17/7882 „Digitaler Fortschritt für alle: Bildung und Teilhabe der Zukunft sichern!“ vom 15.11.2019.
- Antrag 17/7912 „Für die Vielen, nicht die Wenigen: Sozialer Fortschritt für Nordrhein-Westfalen“ vom 19.11.2019.
- Änderungsantrag 17/8256 zum Einzelplan 05 zum Haushaltsgesetz 2020 vom 17.12.2019.

## II. Der Landtag stellt fest,

- dass die Landesregierung sich intensiv mit der Rückschau befasst, anstatt die Zeit zu nutzen und endlich die volle Regierungsverantwortung anzunehmen, um zu handeln, denn der Lehrermangel nimmt unterdessen ein bedrohliches Ausmaß in vielen Regionen an und gefährdet die Zukunft unserer Kinder,
- dass die A13-Besoldung für alle Schulformen trotz aller Versprechen nicht umgesetzt wird und den Lehrermangel an Grund-, Haupt- und Realschulen weiter verstärkt, da der Lehrberuf nicht an allen Schulformen für Lehramtsstudierende gleichermaßen attraktiv ist,
- der Lehrermangel insgesamt immer größer wird und das an immer mehr Schulen immer mehr Stellen nicht besetzt sind,
- dass mittlerweile jeder zehnte neu eingestellte Lehrkraft ein Seiteneinsteiger bzw. Seiteneinsteigerin ist. Das Land benötigt diese Lehrkräfte, die bereit sind, diesen Beruf auszuüben, aber sie müssen besser begleitet und qualifiziert werden,

- dass insbesondere Schulen mit herausfordernden sozio-ökonomischen Ausgangslagen mehr gefördert werden müssen und daher ein Sozialindex flächengreifend eingesetzt werden muss, anstatt exemplarisch Talentschulen ins Leben zu rufen,
- dass die Taten hinter den Ankündigungen hinterher hinken, wie bei den Themen Inklusion und Masterplan Grundschule,
- dass die Landesregierung sich einer Kooperation mit den Oppositionsparteien verweigert.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- kurzfristig gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen dem Bildungsnotstand in Teilen des Landes entschlossen entgegenzutreten und einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
- gemeinsam eine Expertenkommission auf den Weg zu bringen, die 25 Jahre nach der Rau-Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ eine gemeinsame Perspektive des Parlaments zur Zukunft der schulischen Bildung in NRW weit über das Jahr 2022 hinaus sicher stellt.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Eva-Maria Voigt-Küppers  
Jochen Ott

und Fraktion